

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge, Fernsprecher 53. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Belegpreis: Die Belegpreise sind monatlich zu zahlen. Für den Postweg sind 20 Pf. zu zahlen. Für den Fernpostweg sind 30 Pf. zu zahlen. Für den Fernpostweg sind 30 Pf. zu zahlen. Für den Fernpostweg sind 30 Pf. zu zahlen.

Nr. 26

Donnerstag, den 31. Januar 1918

13. Jahrgang

Ein Luftangriff auf Paris.

Neue Erklärungen gegen den Streik. — Die Zustände an der russischen Front. — Kämpfe zwischen Russen und Rumänen.

An die Adresse des Herrn Trozki.

In West-Bukowina sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden. Die Unterhändler der Mittelmächte sind dort wieder eingetroffen, nach wie vor bereit, mit den russischen Vertretern zu einer Uebereinstimmung und zu einem möglichst dauernden Frieden zu kommen. Noch läßt sich nicht übersehen, wie die Verhandlungen sich gestalten werden. Das eine aber ist schon heute gewiß, daß sie nur dann förderlich sein können, wenn sie von russischer Seite in einem ganz anderen Geiste, als dem bisher obwaltenden, geführt werden. Vor allem muß sich Herr Trozki, oder wer auch immer die russische Delegation führt, darüber klar sein, daß die Besatzungsprobleme, die von den russischen Vertretern bisher angewandt worden ist, nicht beibehalten werden kann. Es wäre für Deutschland und seine Bundesgenossen höchst unvorteilhaft, wollten sie sich auch weiterhin ergebnislos mit den Theorien, mit denen sie besonders in der letzten Periode der Verhandlungen überhäufelt worden sind, herumzuschlagen. Wir haben nicht die Absicht, in West-Bukowina über komplizierte Probleme der politischen Weltanschauung Klarheit zu schaffen, sondern wir wollen eine sehr reale Aufgabe lösen, nämlich die, sowohl Rußland wie uns den Frieden zu bringen. Zu ist es unbedingt notwendig, daß nüchtern und sachlich über die entscheidenden Fragen gesprochen wird. Ueberflüssige Abschweifungen aber müssen unterbleiben und besonders dann, wenn sie offensichtlich dazu dienen sollen, die Verhandlungen hinzuhalten. Für dergleichen haben wir einfach keine Zeit. Nicht, daß wir besondere Eile hätten, mit Rußland zu einem Frieden zu kommen; aber wir haben so viel anderes zu tun, daß uns für zwecklose Redebalancen wirklich jede Stunde zu schade sein muß.

Des Weiteren werden die Russen sich dazu bequemen müssen, die Versuche, an denen sie es bisher nicht scheitern ließen, ihre besonders rot gefärbte Revolutionspropaganda in unserer Ostfront und darüber hinaus in unser Land zu tragen, aufzugeben. Sie werden inzwischen eingesehen haben, daß das deutsche Volk und die Armeen der Mittelmächte viel zu sehr mit ihren Regierungen übereinstimmen, als daß verachtliche Verführungskünste auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg haben könnten. Der Verhandlungsstaat von West-Bukowina ist nicht der Ort, von dem aus der Ruf nach einer allgemeinen Weltrevolution ergehen kann. Jedenfalls haben wir nicht die geringste Ursache bei derartigen sinnlosen Versuchen Zuhörer zu sein. Ebenfalls wie wir uns in Rußlands innere Angelegenheiten mischen, ebenso wenig können wir gestatten, daß die Maximalkisten ihre und besonders unsere Zeit damit vergeuden, für ihre angenehmen kausalen Zustände bei uns Propaganda zu machen.

Zum dritten werden die russischen Delegierten zu bedenken haben, daß die Methode, nach der sie zu Hause regieren, die Methode der brutalen, vorwiegend auf die Bajonette gestützten Gewalt, für uns nicht gerade eine besondere Ursache sein kann, die Völker, denen wir durch das Selbstbestimmungsrecht eine freie Entscheidung über ihr Schicksal einräumen wollen, schuldlos der russischen Willkür auszuliefern. Wir müssen nicht, wie weit sich inzwischen die Maximalkisten mit den Ukrainern und den übrigen, politische Selbstständigkeit verlangenden Völkern auseinandergesetzt haben. Aber wir wissen, daß die Mittel, mit denen die Petersburger Gewalttätiger solche Auseinandersetzungen zu führen pflegen, nicht geeignet sind, um dem Selbstbestimmungsrecht wirklich freie Bahn zu geben. Aus diesem Grunde werden wir für die etwa noch vorzunehmenden Bestimmungen unter den uns besonders interessierenden Völkern die notwendigen Garantien nicht nur fordern, sondern auch sicherstellen.

Die Streiks.

Die Haltung der sozialdemokratischen Presse.
Die sozialdemokratische Presse verurteilt, den bürgerlichen Parteien die Schuld an dem gegenwärtigen Streik in die Schuhe zu schieben. Auf diese allein, so heißt es in den bezüglichen Auslassungen, falle die Verantwortung, wenn der lang genug gesponnene Geduldssaden der Arbeiter schließlich zu zerreißen drohe, denn jene im Grunde genommen immer „reaktionär“ verbliebenen Gesellschaftsklassen hätten das erwachende

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

Amtlich.) Großes Hauptquartier, 31. Januar. Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsaktivität blieb auf Artillerie- und Minenwerferkämpfe an verschiedenen Stellen der Front beschränkt. Am Weihnachtsabend und im Laufe des Januar haben Flieger unserer Gegner trotz unserer Warnung wieder offene Städte außerhalb des Kampfgebietes angegriffen.

Dank unserer Abwehrmaßnahmen traten nennenswerte Verluste und Schäden nicht ein.

Zur Strafe wurde die Stadt Paris in planmäßigen Luftangriff in der Nacht vom 30. zum 31. Januar mit 14 000 kg Bomben belegt.

Italienische Front.

Südwestlich von Asiago schaltete ein italienischer Angriff im Feuer.

Zwischen Asiago und Brenta blieb die Artillerietätigkeit reger. Die Zahl der von den österreichisch-ungarischen Truppen in den letzten Kämpfen gemachten Gefangenen hat sich auf 15 Offiziere und 660 Mann erhöht.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Vertrauen der Arbeiter zum Staat durch ihre Umtriebe Widerlegung dieser wider besseres Wissen vorgebrachten Behauptungen erübrigt sich, denn die gerade das Gegenteil bezeugenden Tatsachen bereitwilligen Entgegenkommens in solchen Arbeiterforderungen, die nicht einseitige Klassenvorurteile erstreben, sind hinlänglich bekannt. Wo die unruhigstehenden Elemente zu suchen sind, erhellt aus den Reden und Auslassungen der sozialdemokratischen Führer, die in ihrer Stellungnahme zu Krieg und Frieden, in ihrem Hindrängen zur Radikalisierung des gesamten staatlichen Aufbaues, in ihrer unerträglichen Annäherung gegenüber nationalem Bürgertum und in ihren parteipolitischen Präferenzen ein friedliches Zusammengehen mit ihnen fast unmöglich machen, in den zu ihrer Gesinnung gehörenden Arbeitern aber vielfach einen dunkel großgezogen haben, der bis zu diktatorischen Unwandelungen sich verweigert. Die Nichterfüllung überheblicher Zumutungen zerrüttet in den Arbeitermassen alsdann eine Unzufriedenheit, die selbst vor gelegentlichen Kraftproben nicht zurückweicht. Einseitige Arbeiter haben bisher gegen höhere Ausbrüche leidenschaftlichen Begehrens sich aufgelehnt und dadurch bewirkt, daß wir von willkürlichen Arbeitseinstellungen bedenklichen Umfanges verschont geblieben sind, ihr Widerstand könnte aber erlahmen, wenn die berufenen Gewerkschaftsführer nicht ihrerseits die Zügelung der Ungebärdigen sich angelegen sein lassen.

Erklärungen eines bayerischen Ministers.

In der Dienstagssitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten hielt der Minister des Innern, Dr. v. Brettreich, über die Auslandsbewegung eine sehr beachtenswerte Rede, der wir folgendes entnehmen:

Seit gestern müssen wir leider auch in Deutschland das Schauspiel erleben, daß Tausende von Arbeitern trotz erster Ermahnungen besonnener und vaterländisch gesinnter Führer zu einem Demonstrationsstreik angezogen sind. Das Ereignis muß jeden wahren Freund des deutschen Volkes mit tiefem Kummer erfüllen und von jedem vernünftig Denkenden mit Entschiedenheit verurteilt werden. In unserer Ruhe und Geslossenheit lag bisher die Wurzel unserer Kraft. Es kann und darf nichts anderes geben, als an diesem Grundsatz festzuhalten. Statt dessen gehen plötzlich Tausende von Arbeitern her und stellen aus reiner Demonstrationslust die Arbeit ein. Will dieser Teil der Arbeiterschaft das zerstören, was die eigenen Hände an der Kampffront aufgebaut haben? Wollen sie das verlieren, was jahrzehntelanges Schaffen vor dem Kriege der Arbeiterschaft gebracht hat? Wollen sie in einen Zustand zurückfallen, aus dem sie sich vielleicht erst wieder in Jahrzehnten herausarbeiten vermögen? Wollen sie unseren Feinden das freudvolle Schauspiel bieten, daß wir in innere Zwietracht verfallen? Wollen sie durch ihr Vorgehen den Krieg erst recht verlängern und den Friedensschluß erschweren, wieder niederschlagen und die alten Geister des Un-

muten und der Verbitterung heraufbeschworen. Eine ren? Ich verweise auf das traurige Elend in Rußland, dessen Beispiel abschreckend wirken muß. Ich gebe zu, daß es mancherlei berechtigte Klagen gibt, so vor allem über das schreckliche Wusern in der Kriegswirtschaft, aber ich kann mir keinen Grund für das Vorgehen denken, das Tausenden von Arbeitern befehligt hat.

Seitens des Staatsministeriums des Innern und des Kriegsministeriums sind alle Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zum Schutze der Arbeitswilligen getroffen worden. Ich habe die Hoffnung, daß die beteiligten Kreise der Arbeiterschaft einsehen, wofür sie die Pflicht gegen das deutsche Volk und insbesondere die Pflicht gegen die vor dem Feinde stehenden Wehrer ruft und daß sie bald zur Arbeit zurückkehren werden, wie sie es bisher in vorbildlicher Weise getan haben.

Die Auslandsbewegung in Berlin.

Der Streik hat seit Dienstag eine Steigerung erfahren. Diese aber ist nicht so groß, wie sie von Montag auf Dienstag war. Zu ersten Ruhestörungen ist es bis jetzt noch nicht gekommen. In verschiedenen Großberliner Fabriken haben die Arbeiter am Mittwoch vormittag teilweise die Arbeit wieder aufgenommen, während in anderen der Streik weiter um sich gegriffen hat.

Versammlungsverbote in Berlin.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat bis auf weiteres die Abhaltung aller Versammlungen verboten, in denen öffentliche, insbesondere den Streik betreffende Angelegenheiten behandelt werden. Außerdem ist den Mitgliedern der Streikleitung verboten worden, sich weiter zu betätigen und Streikangelegenheiten zu betreiben.

Mißerfolg der Streikbewegung in Spandau.

In den meisten Staatsverwaltungen in Spandau wird fast vollständig gearbeitet. In der Artillerieverkettung sind hat sich die Zahl der Streikenden, die 3500 bis 4000 betrug, erheblich verringert, ebenso in der Eisenbahn u. Koppelwerkgesellschaft, wo etwa 600 Arbeiter streikten. Im ganzen dürften noch nicht ganz 4000 Arbeiter von den in Spandau beschäftigten 70 000 bis 80 000 Mann im Streik stehen. In Siemensstadt wird in den Siemenswerken ebenfalls durchgängig gearbeitet. Die Belegschaften der einzelnen Werke haben sich gegenüber der Streikaufrufung meist völlig ablehnend verhalten und sich auf den Standpunkt des vom Kartellverband deutscher Werksvereine (den sogenannten Gelben) verbreiteten Aufrufes gestellt, welcher vor der Beilegung an Streik warnt.

Die Lage in München.

Eine Vertrauensmännerversammlung der verschiedenen Betriebe in München beschloß auf Betreiben der unabhängigen Sozialdemokraten den Streik auf drei Tage gegen die Stimmen des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die Münchener Auslandsbewegung geht von den unabhängigen Sozialdemokraten aus, welche durch die Ueberstimmung Kruppischer Arbeiter nach München kamen. Die alte Münchener Arbeiterschaft sympathisiert wenig mit dem Streikgedanken. Die Leitung des Gesamtverbandes der deutschen Metallarbeiter Ortsgruppe der christlichen Gewerkschaft für München und Umgebung richtete an die Arbeiterschaft Münchens einen Aufruf, in welchem es heißt, daß die christlichen Gewerkschaften unter keinen Umständen den geplanten Demonstrationsstreik in irgend einer Form unterstützen. Die Ortsstelle des Verbandes deutscher Buchdrucker teilt mit, es sei ganz ausgeschlossen, daß der Streik der Berliner Buchdrucker auf München übergreifen könne.

Eine Erklärung der christlichen Gewerkschaften.

Eine in Berlin abgehaltene Sitzung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften beschloß folgende Erklärung:

In Berlin und einigen anderen Stellen im Lande sind in den letzten Tagen größere Teillausstände erfolgt. Vor der Arbeitsüberlegung waren bestimmte Forderungen nicht aufgestellt. Erst nachträglich wurde ein Streikprogramm mit überwiegend politischen Forderungen formuliert. In ausserpolitischer Hinsicht will man die schnelle Herbeiführung des Friedens entsprechend dem von den russischen Volksbeauftragten in West-Bukowina